

freiheit-liberté

Oktober 2023 | Newsletter IG Freiheit | Postfach 470, CH-8702 Zollikon | www.freiheit-liberte.ch



Editorial

Die teuerste Legislatur in der Geschichte unseres Bundesstaats geht zu Ende. Die Sitzgewinne von Grünen und Grünliberalen haben in den vergangenen vier Jahren vor allem eines gebracht: Eine enorme Vortossflut, neue Bürokratie und Forderungen für neue Verbote. Vor allem Werbeverbote sind derzeit hoch im Kurs. Alles, was den herrschenden Gesundheitstrends oder der politischen Korrektheit widerspricht, soll verboten oder verhindert werden.

Eine gefährliche Tendenz, die im EU-Raum noch viel stärker ausgeprägt ist. Die EU-Gremien sprechen nun ganz offiziell nicht mehr von mündigen Menschen, sondern von «vulnerablen Bürgern». Politiker und Beamte sorgen sich um die Schwachen – und schauen gleichzeitig dafür, dass diese nicht aufhören, schwach zu sein. So stärken die Bürokraten ihren Einfluss, notabene auf Kosten der Bürger und Steuerzahler.

Dass Irland auf Wein- und Bierflaschen Warnhinweise anbringen will, um vor Alkoholkonsum zu warnen, wirkt wie ein schlechter Witz. Es ist aber bittere Realität. Im Kampf gegen den Alkohol scheint jedes Mittel recht zu sein. Auch wenn die irischen Gesetze die Grundregeln des Binnenmarkts verletzen, sind sie gemäss EU-Kommission gesundheitspolitisch verständlich und daher zu unterstützen.

Mit der Gesetzesflut wächst auch die öffentliche Verwaltung. Die hohen Beamtentlöhne und die attraktiven Arbeitsbedingungen befeuern das Wachstum der öffentlichen Hand zusätzlich. Während der Bund für eine Vollzeitstelle im Schnitt rund 120'000 Franken Lohn zahlt, verdient man in der Privatwirtschaft nur etwa 90'000 Franken. Diese beträchtlichen Unterschiede sind objektiv nicht erklärbar.

Engagieren wir uns für Freiheit und Selbstverantwortung: Die Wirtschaft muss wachsen, nicht der Staat! Wir zählen auf Sie!

Christian Schindler
(Vorstand IG Freiheit)

Immer absurdere Massnahmen im Kampf gegen Alkohol

Warnhinweise auf Bier und Wein werden Realität

Als weltweit erstes Land führt Irland Warnhinweise auf alkoholischen Getränken ein: Ähnlich wie auf Zigarettenpäckchen soll künftig auf Bier- und Weinflaschen vor den Folgen übermässigen Alkoholkonsums gewarnt werden. Die Regelung musste von der Europäischen Union genehmigt werden, da sie den freien Binnenmarkt einschränkt. Länder wie Italien oder Frankreich sind empört und rufen zum Widerstand auf.

Vor einigen Jahren hätte man es für einen schlechten Witz gehalten, nun wird es Realität: Irland hat als erstes Land beschlossen, dass die Hersteller von alkoholischen Getränken verpflichtet werden, die Konsumenten vor ihren Produkten zu warnen. Das entsprechende Gesetz soll bereits 2026 in Kraft treten. Das neue Gesetz soll laut dem irischen Gesundheitsministerium ein besseres Verständnis der gesundheitlichen Risiken vermitteln, die mit dem Alkoholkonsum verbunden sind.

WHO freut sich

Die genaue Ausgestaltung der Warnhinweise ist noch nicht klar. Sie werden voraussichtlich ähnlich ausfallen wie die bekannten Warnungen auf Tabakprodukten: Die Verbraucher sollen insbesondere vor Gesundheitsrisiken wie Lebererkrankungen oder Krebs gewarnt werden. Sodann müssen die Konsumenten über den Kaloriengehalt, den im Produkt enthaltenen Alkohol sowie die Risiken von Alkoholkonsum in der Schwangerschaft informiert werden.

Die Weltgesundheitsorganisation WHO freut sich: Mit diesem einzigartigen Gesetz werde Irland weltweit das erste Land mit einer umfassenden Gesundheitskennzeichnung auf allen alkoholischen Produkten sein. Bislang gibt es lediglich in Südkorea Krebswarnungen auf den Verpackungen von alkoholischen Getränken.

Umstrittene Regelungen

Während die irische Krebsliga das Gesetz als «bahnbrechend» bezeichnete, gingen bei der EU-Kommission bereits Klagen ein. Die Spirituosenbranche forderte die EU-Kommission auf, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Irland einzuleiten. Das Gesetz fragmentiere den Binnenmarkt, weil es von den harmonisierten Kennzeichnungsvorschriften abweiche.

Überraschenderweise ging die EU nicht auf diese Kritik ein: Der irische Gesetzesentwurf durchlief das EU-interne Genehmigungsverfahren erfolgreich. Nach Auffassung der EU-Kommission hätten die irischen Behörden hinreichend nachgewiesen, dass die Massnahmen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen

und gesundheitspolitischen Anliegen Rechnung tragen.

Bei Lebensmittelkennzeichnungen auf nationaler Ebene ist ein Genehmigungsverfahren im Rahmen der Binnenmarkt-Transparenzrichtlinie notwendig, um technische Hindernisse für den Binnenhandel zu verhindern. Nun steht die Notifizierung bei der Welthandelsorganisation (WTO) an, weil das neue Kennzeichnungssystem als Hindernis für den internationalen Handel angesehen werden könnte.

Winzer in der Opposition

Diejenigen EU-Länder, die Wein produzieren oder exportieren, kritisieren den irischen Gesetzesentwurf. Die Opposition geht namentlich von Italien, Frankreich und Spanien aus. Die betroffenen Länder würden eine EU-weite Regelung vorziehen; nationale Konzepte empfinden sie als problematisch.

Tatsächlich gibt es Pläne in der EU-Kommission, ähnliche Warnhinweise für ganz Europa vorzusehen. Das Projekt läuft unter dem Titel «Beating Cancer» und strebt eine Reduktion der Krebserkrankungen an. Die Initiative enthält auch weitere Ideen wie Verkaufseinschränkungen oder die Anhebung der Alkoholsteuern (Lenkungsabgaben). Länder wie Deutschland bringen bereits weitere Vorschläge ins Spiel: So fordert der Drogen- und Suchtbeauftragte der Bundesregierung umfangreiche Einschränkungen bei der Alkoholwerbung und mehr Jugendschutz. Die Schweizer Politik tut gut daran, frühzeitig Strategien zu entwickeln, um solchen Unsinn hierzulande zu verhindern.



Verleihung des «Rostigen Paragraphen 2023»

Weniger arbeiten, um das Klima zu retten?

Bereits zum 17. Mal verlieh die IG Freiheit im Mai 2023 den «Rostigen Paragraphen». Über 300 Teilnehmer verfolgten den Abend mit Spannung. Das Resultat des Internet-Votings war erstaunlich klar: Der diesjährige Preis ging an den Zürcher Nationalrat Balthasar Glättli, welcher vorschlug, die Arbeitszeit generell zu reduzieren, um so den CO2-Ausstoss zu senken.



Nationalrat Balthasar Glättli mit Gregor Rutz (Präsident IG Freiheit)

Die Verleihung des «Rostigen Paragraphen» fand auch dieses Jahr im Zürcher «Aura» vor gut 300 Teilnehmern statt. Dieser Preis wird von der IG Freiheit seit 2007 jedes Jahr verliehen. Mit dieser Auszeichnung sollen die Öffentlichkeit, vor allem aber auch Politiker und Verwaltung, auf die unzähligen unnötigen bürokratischen Regulierungen aufmerksam gemacht werden. Der Sieger wird im Rahmen eines öffentlichen Internet-Votings ermittelt.

Glättli gewinnt klar

Dieses Jahr war das Verdikt klar: Rekordhohe 46 Prozent stimmten für den Vorstoss von Balthasar Glättli. Der grüne Zürcher Nationalrat wollte prüfen, ob eine generelle Reduktion der Arbeitszeit nicht zur Erreichung der Klimaziele beitragen kann. Gleichzeitig schlug er Begleitmassnahmen wie einen Minimal- und Maximallohn oder die zusätzliche Besteuerung CO2-intensiver Tätigkeiten vor. Je weniger man arbeite, desto mehr Zeit habe man, um sich dem Kampf gegen den Klimawandel zu widmen, so die abenteuerliche Gleichung.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) erreichte den zweiten Platz mit 24% der Stimmen. Sie will sich im Kampf gegen Übergewicht die Schweizer Schoggi-Samichläuse vorknöpfen. Schokoladen-Samichläuse seien mitverantwortlich für die Fettleibigkeit in der Welt. Konkret verortet die WHO das Hauptproblem beim sympathischen Aussehen und der schönen Verpackung der Samichläuse. Diese verleite vor allem Kinder zum Konsum. Deswegen schlägt die WHO vor, die Gesichter auf den Samichlaus-Verpackungen zu entfernen. Mit der Entfernung der Gesichter auf den Samichlaus-Verpackungen würden die Produkte weniger gekauft, was sich bereits

in ersten südamerikanischen Ländern gezeigt habe.

Toiletten für alle?

Ebenfalls einen Podestplatz erreichten die grünen Gemeinderäte Anna-Béatrice Schmalz und Urs Riklin. Ihr erklärtes Ziel ist es, dass Toiletten von Restaurants und Geschäften künftig kostenlos und ohne Konsumationspflicht für jedermann zugänglich sein sollen. Obwohl es in der Stadt Zürich bereits 107 kostenlose Toiletten gibt und diese mindestens zweimal täglich gereinigt werden, sei es angenehmer die Toilette eines Restaurants zu benutzen.

Auf dem vierten Platz landete der Vorschlag der Waadtländer Bürgerbewegung «Agissons» zur Einführung einer Werbesteuer. Nach ihrer Auffassung würde weniger Werbung zu weniger unsinnigem Konsum, weniger Verschuldung und weniger Gesundheitsproblemen führen. Daher soll mittels einer progressiven Steuer die Werbung eingedämmt werden. Den fünften Platz belegt schliesslich das Thurgauer Verbot, welches Kartenlegen, Traumdeuten und das Beschwören von Geistern unter Strafe stellt.

Spannendes Podium

Zwischen den Prämierungen diskutierten Finanzexpertin Alexandra Janssen, Unternehmer Dieter Bachmann sowie Dominik Feusi (stv. Chefredaktor Nebelspalter) über die Frage der Eigenverantwortung. Janssen thematisierte die Regulierungsflut, die der Finanzplatz zu spüren bekommt. Dieter Bachmann, Inhaber der Gottlieb Spezialitäten AG, erwähnte die erschreckend hohe Anzahl an Auflagen und Steuern, mit denen die Lebensmittelbranche kämpft. Man werde das Gefühl nicht los, die Nahrung der Schweizer sei die neue Religion der Politik. Man habe sich auf die Ernährungsgewohnheiten der Bürger eingeschossen und wolle sie wie Bibelverse bis ins letzte Detail kennen und neu auslegen. Bachmann betonte, dass die Lebensmittelbranche bereits hohe Standards und Qualitätskontrollen habe. Weitere Regulierungen führen nur zu höheren Kosten für die Konsumenten. Dominik Feusi wiederum thematisierte das Wachstum der Verwaltung. Die 40'000 Beamten in Bern sowie die jährlich steigende Anzahl Kommunikationsexperten seien ein Symptom einer Administration, die ein Eigenleben entwickelt habe. Die Behauptung,

wonach die Welt komplexer geworden sei und es deshalb mehr Staatsangestellte brauche, schlug er in den Wind. Man habe heute Möglichkeiten, die Arbeitsabläufe effizienter zu gestalten – was eigentlich zu einem Personalsrückgang führen müsste.

Der unterhaltsame Abend wurde einmal mehr von Reto Brennwald und Zoe Torinesi moderiert.



Gregor Rutz, Zoe Torinesi und Reto Brennwald



Jürg Bachmann (Präs. Kommunikation Schweiz), Gastronunternehmer Markus Segmüller, Nationalrat Alois Gmür



Christian Schindler und Kaiwan Nuri und Jürg Honegger mit Liza Honegger



Matthias Bamberger (Direktor VSLF), Nationalrat Thomas Rechsteiner

Besuch der IG Freiheit in Neuenburg

Ein Hauch Versailles in Neuenburg

Diesen Frühling zog es die IG Freiheit wieder einmal in die Suisse Romande. Auf Initiative von Ständerat Philippe Bauer, seit einigen Jahren Vorstandsmitglied der IG Freiheit, lud die Vereinigung zu einem Mitgliederanlass im malerischen Hotel Dupeyrou in Neuchâtel ein. Die Veranstaltung lockte zahlreiche Gäste an und bot ein interessantes Programm, das für eine inspirierende und motivierende Atmosphäre sorgte.

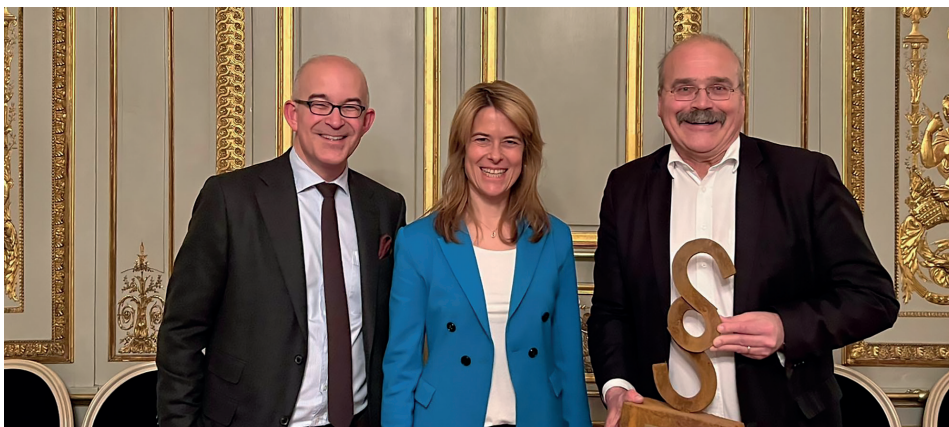


Während des Apéros hatten die Gäste die Gelegenheit, sich kennenzulernen und sich über aktuelle politische Themen auszutauschen. Der Austausch zwischen Vertretern beiderseits des Röstigrabens war so lehrreich wie unterhaltsam. Später folgten einige Kurzansprachen von Ständerat Philippe Bauer, Nationalrätin Petra Gössi sowie Nationalrat Gregor Rutz.

Die Votanten hoben die Bedeutung der Freiheit für die Gesellschaft und den Einzelnen hervor. Die Politik sei aufgerufen, sich wieder vermehrt auf den unverzichtbaren Wert der Eigenverantwortung zu besinnen. Die Freiheit, so wurde ausgeführt, stehe unter

stetem Angriff von Politikern und Beamten, die tagein, tagaus darüber sinnieren, welche neuen Regulierungen und Einschränkungen sie erlassen könnten.

Neben den spannenden Vorträgen bot auch das barocke Hotel selbst einiges an Geschichte und Atmosphäre. Das Hotel Dupeyrou, eine schweizerische Ausgabe des Schlosses Versailles im Herzen von Neuchâtel, hat eine lange Geschichte und ist bekannt für seine Verbindung zur Freimaurerei. Es wurde vom liberalen Philosophen Jean-Jacques Rousseau, dem wohl bedeutendsten Vertreter der Aufklärung, besucht, als er in Neuchâtel lebte.



Gregor Rutz mit Nationalrätin Petra Gössi und Ständerat Philippe Bauer

Paragrafen-Warnung

Werbeverbot für Flugreisen

Die Stadt Bern soll Werbeplakate für Flugreisen und Autos verbieten. So will es ein Postulat der Jungen Alternativen. Zudem sei Werbung für Ferien in entfernten Ländern mit einem Warnhinweis zu versehen: Mögliche Interessenten müssten wissen, dass Fliegen der Umwelt und damit auch der Gesundheit dieser und künftiger Generationen schweren Schaden zufüge.

Das Stadtparlament hat diesen Vorschuss im September mit 45 zu 27 Stimmen überwiesen. Ein Zeichen dafür, dass es der Stadt Bern gut geht und keine wirklichen Probleme anstehen?

Abschaffung der Schrebergärten?

In der Stadt Zürich gibt es über 5'000 Gartenparzellen. Diese gehören der Stadt und werden von 13 Familiengarten-Vereinen verpachtet. Die Schrebergärten sind begehrt; die Wartelisten sind lang.

Den Gemeinderäten Severin Meier (SP) und Roland Hohmann (Grüne) sind die Schrebergärten ein Dorn im Auge. Solche Parzellen, die exklusiv nur bestimmten Personen oder Gruppen zugänglich sind, widersprechen ihrem Weltbild. Mit einem Postulat fordern sie die Umnutzung der Familiengärten: Diese sollen den «veränderten Bedürfnissen der Stadtbevölkerung» gerecht und öffentlich zugänglich gemacht werden.

Dabei sollen alternative Nutzungen wie Spielplätze, Grillplätze und «urban gardening» im Vordergrund stehen. So würde eine grössere «soziale Integration und Interaktion» ermöglicht.

Verbot von Verkehrsmeldungen

VCS-Präsident Michael Töngi will Staumeldungen auf SRG-Sendern verbieten. Unter dem Titel «Stopp der Stau-propaganda» fordert der grüne Luzerner Nationalrat die Abschaffung der Informationen über aktuelle Verkehrssituationen in SRG-Radios.

Einerseits würden Staumeldungen nicht mehr interessieren, so Töngi – es gebe heute flächendeckend mobile Navigationssysteme. Andererseits könne man angesichts der vielen Verkehrsdurchsagen den Eindruck bekommen, dass ein Autobahnausbau dringend nötig sei.

Schlusspunkt

Ist Privateigentum ein Problem?

Die Eigentumsgarantie gehört zum Fundament jeder funktionierenden demokratischen Gesellschaft. Nur wo Eigentum respektiert wird, investieren Firmen und entstehen Arbeitsplätze. Nur wo Eigentum respektiert wird, kann eine Gesellschaft in Freiheit leben. Umso bedenklicher, dass SP-Exponenten dies alles in Frage stellen und Eigentum als «Generalproblem» der Welt bezeichnen.

John Locke, ein Philosoph des 17. Jahrhunderts, bezeichnete Eigentum neben Leben und Freiheit als eines von drei Menschenrechten. Ganz bewusst hob er das Eigentum auf die gleiche Stufe wie Leben und Freiheit, denn das erste Eigentum des Menschen sei das Eigentum an seiner eigenen Person. Daraus leitete Locke das Recht auf Freiheit, also das Verbot von Sklaverei und Leibeigenschaft, aber auch das Recht auf die Früchte seiner Arbeit ab. Diese Überlegungen zeigen, welche zentrale Bedeutung der Eigentumsgarantie im liberalen Rechtsstaat und in der marktwirtschaftlichen Ordnung zukommt.

Grundlage für Wohlstand

Das private Eigentum, angefangen beim Grundbesitz, war im 19. Jahrhundert das Fundament für die wirtschaftliche Prosperität, die wir heute haben. Nur die Hoffnung auf Ausbau und Sicherung von Privatbesitz spornt Menschen zu Fleiss und Arbeit an. Darum ist die Chancengleichheit in jeder Marktwirtschaft elementar: Wenn jeder die Möglichkeit hat, durch Arbeit und Geschick wirtschaftlichen Erfolg zu haben und Gewinn zu erwirtschaften, wächst letztlich der Wohlstand aller.

Wer nicht einen Teil seines erwirtschafteten Gewinns behalten darf, wird nicht freiwillig arbeiten. Man muss ihn zwingen – so geschehen in sozialistischen und kommunistischen Regimen. Diese haben ein grundlegend anderes Verständnis von Demokratie, Eigentum und der Freiheit des Einzelnen. Letztlich beginnt jede Diktatur mit der Einschränkung von Privatbesitz und geht dann über zu dessen Konfiszierung. Wo Privateigentum vom Staat weggenommen wurde, ist auch das Leben nicht viel wert: Im Zentrum steht das Kollektiv, nicht der Einzelne.

SP gegen Marktwirtschaft

Wer meint, diese Fehlüberlegungen seien überwunden, darf sich nicht täuschen: Kürzlich

veröffentlichte die Zürcher SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr einen Blog unter dem Titel «It's the property, stupid!». Man müsse etwas gegen die «Auswirkungen von Eigentum und ganz besonders von Grundeigentum» unternehmen. Das Eigentum «und in ganz besonderem Ausmass das Grundeigentum» seien «das Generalproblem der Welt».

Besonders schlimm ist es laut der SP-Magistratin auf dem Zürcher Immobilienmarkt: «Gier, radikales Profitdenken, Spekulation» – man treffe hier auf eine «fratzenhafte Marktwirtschaft». Hier helfe nur die Einführung eines staatlichen Vorkaufsrechts. Als Beispiel für eine mögliche Lösung führt Fehr neben Schottland Skandinavien an, wo alle das Recht hätten, auch privaten Boden zu betreten – einzig «etwas Distanz zu den Wohnhäusern» müsse eingehalten werden.

Immobilienmarkts verstaatlichen?

SP und Grüne hätten am liebsten eine Verstaatlichung des Immobilienmarkts. Folgerichtig fordern Stadtzürcher SP-Exponenten nun die Abschaffung städtischer Schrebergärten: Dieses Terrain soll künftig allen Einwohnern zugänglich sein (vgl. «Paragraphen-Warnung», S. 3). Zudem wurde in Zürich kürzlich ein Wohnraumfonds beschlossen. Dieser stellt der Stadt 300 Mio. Franken zur Verfügung, um private Liegenschaften zu kaufen. Damit entsteht keine einzige neue Wohnung. Die städtischen Markteingriffe treiben die Preise aber weiter in die Höhe: Die Stadt kann dank des prallgefüllten Fonds jederzeit die Angebote privater Kaufinteressenten überbieten. Eine gefährliche Spirale.

Gemäss offiziellem Mietreglement darf man bis zu 180'000 Franken verdienen, um eine vergünstigte städtische Wohnung zu erhalten. Spätestens jetzt merkt man: Hier geht es nicht um soziale Gedanken, sondern einfach um eine völlig verdrehte Auffassung zum Thema Eigentum.

Herbstanlass mit neuem Konzept

Am Freitagabend, 17. November, lädt die IG Freiheit bereits zum 15. Mal zu ihrem Herbstanlass im «Haus zur Freiheit» in Ebnat-Kappel ein. Der Anlass wird neu im Rahmen einer «Metzgete» durchgeführt. Statt einer Podiumsdiskussion soll es ein Kurzreferat zu einem aktuellen Thema geben.

Gastreferent ist Albert Lehmann, Vizepräsident des Vereins «So nöd!». Diese Vereinigung engagiert sich für Unternehmen, die von der unfairen Konkurrenz durch staatliche oder staatsnahe Betriebe betroffen sind. Die staatlichen und staatsnahen Betriebe sollen bei ihren Leistungsaufträgen bleiben und private Firmen nicht unfair konkurrenzieren. Anders ist ein fairer Wettbewerb nicht möglich. So stärken wir das freie Unternehmertum und entlasten die Steuerzahler.

www.so-noed.ch



Veranstaltungen

Metzgete / 15. Herbstanlass

mit Albert Lehmann, Vizepräsident Verein «So nöd!»

17. November 2023

Landgasthof Sonne, Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel

18. Verleihung des «Rostigen Paragraphen»

21. Mai 2024

«Aura», Bleicherweg 5, 8001 Zürich

Freiheitsfeier 2023 des Liberalen Instituts «Welcher Liberalismus für das 21. Jahrhundert?»

mit Professor Thorsten Polleit, Professorin Suzette Sandoz (alt Nationalrätin), Professor Michael Esfeld sowie Olivier Kessler (Direktor Liberales Institut)

Freitag, 5. Dezember 2023 – 18.30 Uhr (Türöffnung 18 Uhr)

Zunftthaus zur Saffran, Limmatquai 54, 8001 Zürich

anschliessend Apéro riche